

27. Juni 1917.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michner,
Wien. I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Mittwoch, 27. Juni 1917. Nr. 138.

Die Gesundheitsverhältnisse Wiens. In der letzten Sitzung der städtischen Ärzte erstattete Stadtphysikus Dr. Jahn den Sanitätshauptbericht für den Monat Mai d. J. Die im Februar unter dem Einflusse der Influenza begonnene Periode des hohen Krankenstandes und der höchsten Sterblichkeit dauerte auch im Berichtsmonat an. Die Zahl der Zuwächse in die armenärztliche Behandlung betrug 11.358 gegen 11.318 im Vormonat und 10.863 im Mai des Vorjahres. Auf die entzündlichen Krankheiten der Atmungsorgane entfielen 2442 Fälle, auf jene der Verdauungsorgane 1961 Fälle, auf Lungentuberkulose und Skrophulose 997 Fälle. Die der Anzeigepflicht unterliegenden Infektionskrankheiten treten in ihrer Bedeutung für den Krankenstand und die Sterblichkeit immer mehr zurück. Insgesamt wurden aus der Zivilbevölkerung 616 Anzeigen über Infektionskrankheiten gegen 992 im Mai des Vorjahres erstattet. Ueber Infektionskrankheiten bei Militärpersonen liefen 59 Anzeigen ein. Die Sterblichkeit war etwas geringer als im Vormonat, immerhin aber um vieles höher als dem Durchschnitt der letzten Jahre entspricht. Im Berichtmonate sind täglich um 37 Personen mehr gestorben als im Mai 1914. Insgesamt starben im Berichtmonate 3848 Zivil- und 626 Militärpersonen, zusammen 4474 Personen gegenüber 3607 im Mai des Vorjahres. An der Sterblichkeit war das männliche Geschlecht mit 57,17, das weibliche mit 42,83 Prozent beteiligt. Im Berichtmonate wurden 42 gerichtliche und 111 sanitätspolizeiliche Obduktionen vorgenommen.

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: Ingenieur Maximilian Tagwerker, Ingenieur Norbert Friedl und Ingenieur Franz Kunst zu Baukommissären, Alois Drexler zum Hauptkassa-Kontrollor, Friedrich Poch zum Hauptkassa-Adjunkten, Richard Mayer und Adolf Bauer zu Hauptkassa-Offizialen, Vinzenz Lubenka, Johann Knöll, Viktor Pressler und Richard Hokuswetz zu Kanzlei-Akzessisten, Thomas Gröbner zum Kanzlei-Praktikanten, Anton Dworak zum Bezirkswahlkataster-Beamten.

Oberleutnant Alfons Rakowits. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an die Mutter des im Fliegerkampfe gefallenen Oberleutnants Rakowits, Sohn des vor mehreren Jahren bekannten Bühnenkünstlers, nachstehendes Schreiben gerichtet: „Das traurige Schicksal, das Ihren braven Sohn in treuer Erfüllung seiner Vaterlandspflichten ereilte, hat mich tief ergriffen. Seien Sie meines wärmsten Mitgeföhles versichert und möge Ihnen die Kraft gegeben sein, den schweren Schlag in dem Gedanken zu überwinden, daß Ihr Sohn als Held sein junges Leben für Kaiser und Vaterland opferte.“ - Der Kompagniekommandant richtete an Frau Rakowits ein Schreiben, in dem es heißt: „Mit Alfons verlieren wir nicht nur einen erstklassigen schneidigen Flieger, sondern vor allem einen prächtigen Kameraden, dem gegenseitig ruhigen, bescheidenen Wesens und ritterlicher Denkungsart alle Herzen schlugen!“

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 27. Juni 1917.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner

eröffnet die Sitzung und bemerkt, Gemeinderat Ullreich habe ihn gebeten, er möge folgende Erklärung in der heutigen Sitzung des Gemeinderates zur Kenntnis bringen. Die Zuschrift des GR. Ullreich lautet:

„Ich habe in meiner Rede in der gestrigen Gemeinderats-sitzung auf Grund der Angaben des Amtsblattes der Stadt Wien gesagt, daß auch die Kammerängerin Selma Kurz einen Lebensmittelhandel im Großen angemeldet hat. Ich habe nun heute einen Brief erhalten, in welchem seitens des Vertreters der Frau Halban-Kurz gesagt wird, daß diese Behauptung aus der Luft gegriffen sei. Auf Grund der von mir gepflogenen Erhebungen hat sich nun herausgestellt, daß die Meldung des Amtsblattes einen Druckfehler enthält und daß der dort gemeldete Name nicht Selma Kurz, sondern Selma Kurtz heißen soll. Es hat also Frau Selma Kurz-Halban tatsächlich keinen Lebensmittelhandel angemeldet. Damit ist meine gestern auf diese, wie sich nun herausgestellt hat, irrtümliche Angabe des Amtsblattes gestützte Behauptung haltlos geworden und ich nehme daher keinen Anstand, sowohl meine Behauptung als auch die daran geknüpften Bemerkungen zurückzunehmen.“

Bürgermeister Dr. Weiskirchner fügt hinzu: Ich bringe diese loyale Erklärung zur Kenntnis der Versammlung und möchte die Redaktion des Amtsblattes bitten, solche Druckfehler zu vermeiden.

Es wird hierauf die Beratung des Hauptvoranschlages (Berichterstatter VBGM. Hoss) fortgesetzt.

GR. Melcher knüpft zu Beginn seiner Ausführungen an den demokratischen Gedanken an, der mit Macht die ganze Welt ergriffen habe und sich gewiss auch in Wien sehr bald durchsetzen werde. Bis dahin werde die fortschrittliche Minderheit willig ihre Kräfte zu jedem Beginnen anbieten, das geeignet sei die wirtschaftliche Lage der Stadt und ihrer Bewohner zu verbessern. Als nächste Aufgaben der Gemeindeverwaltung bezeichnet er die Anwendung der modernsten Grundsätze in der Bodenreform, Verkehrspolitik, im Sanitätswesen, die Verpflegung der Grosstadt muss auf neuen Grundlagen aufgebaut werden und es müsse an die Lösung der Frage über die Reichsunmittelbarkeit der Hauptstadt geschritten werden.

Der Redner kommt sodann auf die gestrigen Ausführungen des GR. Ullreich zu sprechen und bemängelt es, dass dieser seine Aeusserungen über Frau Selma Kurz getan habe, ohne sich erst genauer zu informieren, und bezeichnet die ganze Rede des Genannten überhaupt als einen Bürgerfriedensbruch. Bezüglich der Zentralstellen ist auch Redner der Meinung, dass dieselben nach dem Kriege bald verschwinden müssen, nur jene Zentralstellen, welche sich mit der Herbeischaffung des Rohstoffes befassen, werden im Interesse des Gewerbes und der Industrie noch eine Zeit lang bestehen müssen, allerdings müsse dann ihre Zusammensetzung und ihre Arbeit eine andere sein.

Der Redner verweist auf die Notwendigkeit einer Abänderung des Mieterschutzgesetzes, das grosse Härten für die Hausherrn beinhaltet und bezeichnet es als Unterlassungsünde, dass bezüglich der Fertigstellung der anlässlich des Krieges unterbrochenen Neubauten seitens der Gemeinde nichts geschehen sei.

BGM. Dr. Weiskirchner: Herr Kollega ich war im Oktober 1914 beim Finanzminister Baron Engel!

GR. Melcher: Ich nehme das dankend zur Kenntnis und bedauere nur,

dass die Regierung diesbezüglich nichts gemacht hat. Redner erklärt weiters, dass man nach dem Kriege unbedingt mit einer Wohnungsnot zu rechnen habe und legt neuerdings seinen bereits früher eingebrachten Antrag vor, eine Kommission aus dem Gemeinderate zur Beratung der Frage des Abbaues der Materialpreise im Baugewerbe einzusetzen. Er erinnert an seine Anregung auf Benützung der Stadtbahn und der elektrischen Strassenbahn zur Beförderung der Baumaterialien und fordert, dass zur Stadtratsberatung stets der Antragsteller zur eingehenden Begründung seines Antrages zugezogen werde. Bei Besprechung der Bauordnung erklärt er, man müsse froh sein, wenn dieselbe noch nicht geschaffen worden sei, weil sie dem städtischen fiskalischen Standpunkte einen etwas zu weiten Raum gelassen habe und mit Rücksicht auf die hohen Materialpreise heute schon nicht mehr aufrecht zu erhalten wäre. Es sei bedauerlich, dass die Gemeinde Wien die grösste Bauunternehmerin noch immer nicht ein grosszügiges Ziegelwerk geschaffen habe, denn Zillingdorf könne den Ansprüchen durchaus nicht genügen.

Der Redner macht aufmerksam auf die überhandnehmende Rattenplage und gibt die Anregung, es möge an die Regierung herangetreten werden, damit das Kriegsministerium die zur Vernichtung des Ungeziefers erforderlichen im freien Handel nicht erhältlichen Materialien zur Verfügung stelle.

Hinsichtlich der Verbauung wäre in Erwägung zu ziehen, ob nicht die gesamten Häuser des tiefliegenden Bezirksteiles Lichtental von der Gemeinde aufgekauft werden sollen. Es könnte dann zu Gunsten der Gemeinde eine 30 jährige Steuerfreiheit erwirkt werden und die Gemeinde hätte nicht bloss erhöhte Einnahmen, sie würde auch viel beitragen zur Wohnungsfürsorge.

Bezüglich der Approvisionierung möge endlich einmal dem Anstellen ein Ende gemacht werden, vielleicht könne dies ebenso wie es beim Brot und Mehl geschehen ist, im Wege der Rayonierung möglich sein. Auch die Fleischstände müsste dezentralisiert werden.

Redner wünscht ferner, dass den eigenen Beamten der Gemeinde Begünstigungen bei der Strassenbahn gewährt werden, er wünscht ferner die Errichtung einer Handbibliothek in Verbindung mit einem Lesezimmer, sowie, dass den Gemeinderäten die Möglichkeit gegeben werde, vor jeder Sitzung Einsicht in die Akten zu nehmen und schliesst mit den Worten: Wir leben in einer Zeit, in der alle zusammen arbeiten müssen, um das Gemeindebudget wieder in normale Bahnen zu bringen. Ich hoffe, dass nie mehr jene Zeiten wieder kommen, wie sie vor dem Kriege in diesem Saale erlebt wurden. So wie es während des Krieges war, so wollen wir auch nach dessen Beendigung in gemeinsamer Arbeit in dieser wirtschaftlichen Korporation, die der Gemeinderat ist, einträchtig zusammenarbeiten im Interesse der Bevölkerung.

GR. Schlechter: Was die Budgetierung anbelangt, sind wir immer äusserst vorsichtig gewesen, so dass wir bei den folgenden Rechnungsabschlüssen immer ein günstiges Ergebnis gehabt haben. Das Jahr 1915/16 hat mit Kassenbeständen von 15 Mill. Kronen abgeschlossen. Der Rechnungsabschluss für das letzte Jahr ist uns zwar noch nicht bekannt, allein es ist sicher und das sehe ich mit Vergnügen, dass wir auch diesmal mit Kassenbeständen in der Höhe von 16 bis 17 Millionen Kronen rechnen können.

VF. Hoß: Und zwar sind das freie Kassenbestände, die nicht belastet sind.

GR. Schlechter: Um den Abgang zu decken, haben wir uns schweren Herzens entschlossen müssen zu Erhöhungen zu greifen, deren Durchführung für uns wirklich keine Kleinigkeit war, aber es kann nicht oft genug wiederholt werden, dass es das Ansehen der Stadt Wien, die Intakthaltung ihres Kredites, ihrer Finanzen unbedingt erfordert hat, dass wir leider zu diesen Erhöhungen greifen mussten. Leider lässt das Verhältnis der Stadt Wien zum Staate viel zu wünschen übrig und die Frage, ob die Interessen der Stadt Wien immer so geschützt worden sind, wie sie es verdient, muss unbedingt verneint werden. Man hat die Gemeinde bei gar nichts gefragt und gelegentlich der Sanie-

2
rung der Krankenanstalten hat sich die Regierung nicht darum gekümmert, dass die Gemeinde Wien ein so grosses Spital wie das Kaiser Jubiläums-Spital besitzt und wir müssen erst nachträglich an sie herantreten und bitten, dass auch uns von dieser Umlage etwas zuteil wird. Heute spricht man immer davon, dass alles demokratisch werden solle. Allerdings noch nicht sozialdemokratisch. Das ist aber so modern geworden und es gibt uns die Verpflichtung die Stimme des Volkes aus dem Mittelstande und aus den minderbemittelten Schichten hier in diesem Saale aufzuzeigen. Wir dürfen nicht befriedigt sein, mit Perichtigungen aus der Herrengasse, die von seriöser Seite vorgebrachte Behauptungen, wie es bei der Anfrage des Gemeinderates Kunschak bezüglich der Fettvergeudung der Fall war, einfach als unwahr hinstellen. In den letzten Tagen ist in Wien ein solcher Mangel an Grünwaren eingetreten, dass es den grössten Unwillen erregt und es scheint, als würden die Lebensmittel, wenn man eine gemeinnützig sein sollende Unternehmung wie die „Geos“ gründet, verschwinden, um erst dann wieder zu erscheinen, wenn sie noch einmal so teuer geworden sind. Wir dürfen uns aber heute nicht mehr davor verschliessen, dass die Geduld unserer Hausfrauen schon am Ende ist und so wie jeder vor dem Gesetze gleich ist, soll auch jeder in der Frage der Lebensmittelversorgung gleich berücksichtigt werden. In Wien zirkuliert in Hunderttausenden die Meinung, dass es noch eine sehr grosse Menge von Leuten gibt, die in gewissen Bezirken um jeden Preis Lebensmittel ohne Karte und ohne Kontrolle bekommen. Es ist ein öffentliches Geheimnis, dass man in einem Bezirke, den ich gar nicht zu nennen brauche (Rufe: der zweite !) in den Kaffeehäusern Geschäfte macht, die eigentlich zum Kaufmann und zum Greissler gehören. Dort soll man Mehl bekommen, Zucker, Kaffee, man soll sogar Reis erhalten, man erhält Eier ohne allen Nachweis, ohne alle Legitimationen, wenn man nur das bare Geld in die Hand nimmt und die Fantasiepreise bezahlt, die gefordert werden. Das ist in Wien ein öffentlicher Skandal! (Zustimmung). Ich glaube, dass wir endlich einmal die Behörde aufmerksam machen müssen, dass das so nicht weiter gehe. Es muss auch etwas anderes einmal offen gesagt werden. Vielfach wird behauptet, als Gemeinderat bekomme man alles was man braucht. Strafen Sie das Lügen, denn es ist das nicht geschehen, ich habe mein Amt nicht dazu missbraucht und niemand anderer in diesem Saale wird es getan haben.

Redner bespricht dann ebenfalls die tristen Schulverhältnisse in Wien infolge der Requirierungen der Schulgebäude und sagt dann noch, wir sind glücklicher Weise auch im 3. Kriegsjahre in Wien ohne Seuchen geblieben. Das ist ein Ehreplatt der Gemeinde, dass sie auf dem Gebiete der Hygiene alles vorgekehrt hat, um Seuchen zu vermeiden. Schliessen aber möchte ich mit folgenden Worten: Wenn wir je die segensvollen Wirkungen des Friedens zu würdigen gelernt haben, so ist es in dieser Zeit des völkermordenden Krieges geschehen. Möge bald der Engel des Friedens sich über die Stadt Wien herabsenken und uns einen ehrenvollen Frieden bescheren!

GR. Dr. Granitsch: Es ist kaum möglich, sich in diesem Saale in eine Debatte einzulassen ohne mit einigen Worten der Not und des Jammers zu gedenken, unter der die Bevölkerung leidet. Ich will nicht klagen über die vergangenen Dinge, aber wir stehen am Beginne eines Neuverwaltungsabschlusses und da ist Gelegenheit auf Verhältnisse hinzuweisen, welche vielleicht im Laufe des neuen Budgetjahres gebessert werden können. Kollege Schlechter hat gesagt, es ist ein öffentliches Geheimnis, dass man in Wien für viel Geld alles bekommen kann. Ich muss zugeben, dass dies leider wahr ist. Wenn man dagegen an die Hunderttausend andere denkt, denen es oft am Notwendigsten fehlt, dann wirkt es mehr als aufreizend, dass es noch immer eine Schichte der Bevölkerung gibt, die in Luxus lebt und die sich mit Geld alles verschaffen können. Nicht die Verordnungen fehlen uns, deren haben wir wahrlich übergenug, sondern es fehlt uns die Ordnung und das ist unser Unglück. Man hetzt die Bevölkerung auf die sogenannten Freistreiber. Gewiss Freistreiberei und Wucher wird in sehr ausgiebigem Masse betrieben. War es aber notwendig, dass solch hohe Preise

gleich am Anfange festgesetzt wurden, speziell für Fleisch und Getreide. Wer hat denn da den grössten Nutzen eingesteckt, nicht die Händler, ich leugne das, sondern die Produzenten haben von Beginn an grossen Nutzen daraus gezogen. Gewiss, es ist auch im Handel viel Sünde getrieben worden, aber hat den die Verwaltung Oesterreichs in diesen drei Kriegsjahren etwas gelernt? Gewiss nicht, denn gerade jetzt wiederholt sich in Obst und Gemüse genau dasselbe Spiel. Mit einem Wort, die Verwaltung in Oesterreich versagt jetzt genau so, wie sie seit Beginn des Krieges immer versagt hat. Die Regierung schafft nicht Ordnung, sondern hetzt die Bevölkerung auf ein paar Greissler oder Milchmeier, auf ein paar kleine Leute, die selbst in der fürchterlichsten Not leben, sich vielleicht irgendwie vergangen haben.

Der Redner bespricht sodann die Kohlenfrage und bemerkt, dass nur das energische Vorgehen der Gemeindevertretung mit der Drohung der Einstellung des Strassenbahnverkehrs es bewirkt habe, dass in kürzester Zeit die notwendigen Kohlenmengen bereit waren. In stenosolcher Weise müsste in der Approvisolnierungsfrage gegenüber der Regierung vorgegangen werden. Es muss auf die Unzulänglichkeit der Verwaltungsmassnahmen hingewiesen werden und bei einem genügend tatkräftigen Einschreiten der Gemeinde wird sich die Regierung gezwungen sehen auch die Magenfrage in einer allseits befriedigenden Weise zu lösen.

In ebenso tatkräftiger Weise müsse aber auch die Gemeinde verlangen, dass ihr von der Regierung genügend Einnahmequellen zur Verfügung gestellt werden, dass sie alle jene Aufgaben, welche von einer Grosstadt verlangt werden können, zu erfüllen im Stande ist. Die Gemeinde Wien muss in erster Linie mitbeteiligt sein an der Kriegsgewinnsteuer. Die Kriegsgewinnernissen ja hier die Segnungen einer geordneten Gemeindeverwaltung (Hört Hört. bei der Majorität, Rufe: Dass sie das endlich anerkennen) Ich will Ihnen damit durchaus kein Vertrauensvotum geben, ich will nur sagen, dass die Kriegsgewinner hier jeden Komfort haben, den eine Grosstadt bieten kann, und dass sie deshalb auch verpflichtet sind, zu den grossen Lasten der Gemeinde entsprechend beizutragen. Weitere Einnahmen wären zu gewinnen durch Erhöhung der Schul- und Zinshaller für grosse Wohnungen, durch Erhöhung der Zuschläge der Mietzinsse für grosse Wohnungen, durch Erhöhung der Zuschläge zur Erwertsteuer der der öffentlichen Rechnungsgesellschaft unterworfenen Unternehmungen und durch Besteuerung aller jener Unternehmungen überhaupt, die in Wien ihren Sitz haben und hier ihre grossen Gewinne einheimen. Natürlicherweise muss die Besteuerung in einer Weise erfolgen, dass die Lebensfähigkeit der betreffenden Unternehmungen nicht betroffen wird.

Der Redner bespricht sodann die Wertzuwachssteuer und führt aus:

Ich bin selbstverständlich ein Anhänger der Wertzuwachssteuer, aber sie darf die Verteuerung der Wohnungen nicht zur Folge haben. Es muss vor allem auch dafür gesorgt werden, dass neue billige Wohnungen entstehen und ich will nur diejenigen Kreise geschützt wissen, denen die Erhöhung der Zinse weh tun könnte. Unser Hauptaugenmerk müssen wir dabei der Verteuerung des Hypothekarkredites zuwenden und die Versicherungsgesellschaften, deren Aktien im Nominalwerte von 2000 Kroner auf 14.000 Kronen stehen, brauchen nicht geschont zu werden. Damit komme ich zu einer Lieblingsidee von mir, das ist die Einführung des Versicherungsmonopoles. Es wäre das eine Massregel, die dem Lande und der Stadt Einkünfte schaffen würde, welche für viele Bedürfnisse weitaus das Auslangen ermöglichen könnten. Italien hat bekanntlich das Versicherungsmonopol eingeführt, und speziell die Gebiete der Lebensversicherung und der Versicherung im Allgemeinen sind solche, dass sie einen ganz ausserordentlichen Nutzen abwerfen und nicht so schwer betrieben werden können.

Es ist das Wort gefallen: Wir leben in einem demokratischen Zeitalter. Leider ist dieses Wort nur ein Wort und weit und breit sehe ich nichts was

die Ueberführung dieses Grundsatzes in die Praxis in die Wege leiten wollte. Was ist geschehen, dass man wirklich sagen könnte, demokratische Grundsätze beginnen sich in der Wirklichkeit wirksam zu machen. Mit Grauen und Schauern haben wir gelesen, welche Todesurteile noch bis in die letzte Zeit gefällt worden sind. Ich sehe nirgends eine Demokratisierung des öffentlichen Lebens. Wir sind im Begriffe auch hier das Schlagwort von der Demokratie bis zu einem gewissen Grade wirksam zu machen. Der Bürgermeister und der Gemeinderat haben beschlossen, ein anderes Wahlrecht für die Gemeinde vorzubereiten und ich bin mit vollem und ganzem Herzen dabei, ander Schaffung eines solchen neuen demokratischen Wahlrechtes mitzuhelfen. Das Wahlrecht, welchem wir unser Hiersein verdanken, ist keineswegs ein demokratisches, es ist ein rückständiges, wie es rückständiger nicht gedacht werden kann. Seit seinen Anfängen sind mehr als 50 Jahre vergangen und seither hat sich alles so geändert, dass wahrhaftig auch das Wahlrecht der Gemeinde reif geworden ist, geändert zu werden, Nicht Parteiinteressen, sondern die Interessen des Volkes müssen unbekümmert um Schichtungen und Konfessionen zur Geltung gebracht werden. Wir haben zwei Sitzungen des Wahlreformausschusses mitgemacht und ich muss Ihnen ehrlich gestehen, dass diese Sitzungen mich in gar keiner Weise befriedigt haben. Der Ausschuss ist zusammengetreten, um eine Wahlreform zu schaffen, aber wir haben gesehen, dass die Tendenz besteht, mit etwas ganz Anderem anzufangen und die Wahlreform selbst an das weite Ende zu stellen. Wir haben nicht den Eindruck gehabt, dass Sie der Finalisierung dieser Wahlreform den festen Willen entgegenbringen, den wir von Ihnen verlangen und wir haben das Gefühl, dass der richtige Ernst ein modernes Wahlreformwerk zu schaffen nicht da ist. Berücksichtigen Sie das Wort vom demokratischen Zeitalter und seien Sie ehrlich bemüht, dass wir auch auf diesem Gebiete die Gemeinde demokratisieren können. Freilich wollen wir keine neue Gemeindevahlordnung auf dem Gebiete des Oktroys.

Ich stelle das Begehren, dass in dem Speisetzettel, den wir der Regierung vorlegen auch das Wiederaufleben des Landtages aufgenommen wird, Es muss eine Form gefunden werden, um auch die Landtagstätigkeit wieder aufzunehmen, damit auch auf diesem Gebiete das verfassungsmässige, konstitutionelle Leben wieder wirksam wird.

Sie werden aus meinen Ausführungen entnommen haben, dass ich nicht gehässig oder aggressiv gewesen bin, sondern nach meinen ganz bescheidenen Kräften mich bemüht habe, Anregungen vorzubringen. Wir haben ja alle das Interesse, Wien zu fördern, Sie wollen es auf dem einen Wege, wir wieder auf einem anderen. Wir haben eine gewisse äusserliche Gemeinschaft jetzt, aber glauben Sie nicht, dass damit irgendwelche Anschauungen von uns geändert worden sind. Wir wollen auch weiter nur nach den Grundsätzen, die wir zeit lebens verfochten haben, Wien dienen. Wir haben keine Konzession in der Ueberzeugung gebracht, sondern die Herren, die in den Stadtrat eingetreten sind, werden ihre Aufgabe bloß als Kontrollorgane zu erfüllen haben. Es wäre freilich schön, wenn die Gemeinde Wien ganz unpolitisch verwaltet würde, aber das ist ein Wunsch, der bisher nie in Erfüllung gegangen ist. Alle Parteien, die am Ruder waren, sind als politische Parteien in die Ratsstube eingezogen und es hat niemals eine reine Wirtschaftspartei gegeben. Wenn sich eine solche gründet, verbirgt sich immer hinter dem Namen irgend eine politische Tendenz. Ich fürchte, dass wir die reine Wirtschaftspartei obald nicht bekommen werden. Wir müssen daher damit rechnen, dass immer politische Gegensätze in diesem Saale aufeinanderstossen, sie müssen aber nicht in Gehässigkeit und im Wege der Vernetzung ausgetragen werden. Wenn jeder an die guten Absichten des anderen glaubt, und die unbestreitbaren Menschenrechte seines Nächsten nicht schädigen will, lässt sich auch zwischen politischen Gegnern ein erfolgreiches Einvernehmen pflegen und eine Verwaltung führen, die zum Segen der Gemeinde gereicht.

Hoffen wir, dass in absehbarer Zeit der furchtbare Druck, unter dem wir leiden, gemildert wird und von uns weichen möge, damit sich unsere schöne Stadt einer glücklicheren Zukunft mit weniger Sorgen erfreuen kann. Dem sei unser aller Wunsch gewidmet.

GR. Breuer: Ich spreche wohl im Sinne aller, wenn ich meiner Befriedigung über den bisherigen Verlauf der Generaldebatte Ausdruck verleihen. Die älteren Mitglieder in diesem Saale können den Unterschied zwischen solchen Debatten in früherer Zeit und den jetzigen Verhandlungen werten und würdigen und wir wollen nur der Hoffnung Ausdruck geben, dass dieses Moment sich auch fürderhin zeige. In der Generaldebatte über den Stadtvoranschlag kann man über Verschiedenes sprechen und wurde auch darüber gesprochen, über Zugehöriges und nicht Zugehöriges. So will auch ich mich vorher mit den beiden Kontraredner beschäftigen. GR. Melcher hat eine Aeusserung des Kollegen Ullreich ausserordentlich temperamentvoll zum Anlass genommen, um mit ihm ein Sträusschen zu pflücken. Ich muss aufrichtig sagen, GR. Melcher hat sich meiner Empfindung nach zum Anwalt von Dingen und Personen gemacht, die seines Schutzes nicht würdig sind. Im Laufe der Zeit sind ja wiederholt Anfragen gestellt und beantwortet worden, welche sich mit den sogenannten Zentralen beschäftigten. Wenn man sich an die Vorgänge erinnert, welche beispielsweise zum Prozess Kranz geführt haben, muss man zu geben, dass der Ausspruch des GR. Ullreich nicht auf eine Gehässigkeit beruht, sondern ihn schon ein gewaltiges Körnchen Wahrheit zu Grunde liegt. Mancher Zeuge ist damals lustig in den Gerichtssaal gezogen, aber sehr traurig wieder davon gegangen. Man braucht nur in die Bureauräumlichkeiten dieser Anstalten zu gehen, um zu sehen, wer sich dort breit macht und Verfügungen trifft über dasjenige, was der Bevölkerung nützt. Es ist vorgekommen, dass ein Direktor einer dieser Unternehmungen, sich erdreisete hat zu erklären, ich werde das städt. Marktamt verstaatlichen, wenn es nicht so tanzt, wie es der Stelle genehm ist, er werde gar keine Einwendung dagegen erheben, wenn der Eine oder Andere oder auch in die Hunderte Gemischtwarenhändler an einem Laternenpfahl sich ihr letztes Plätzchen suchen. Wenn man solche Dinge hört, darf man die Erregung, die sich des Kollegen Ullreich bemächtigt hat, wohl begreifen.

Wenn GR. Vaugoin sagte: Bürgermeister und Rat sind schuldlos an der Not, die in Wien herrscht, diese Worte unterschreibe ich ganz. Die Gemeindeverwaltung übernimmt für alles, was sie in dieser schweren Zeit geleistet hat und leisten konnte, voll und ganz die Verantwortung, sie lehnt es aber ab, die Verantwortung für jene Sünden und furchtbaren Versäumnisse zu tragen, die auf das Konto anderer Stellen zu schreiben sind. Wenn GR. Dr. Granitsch die Energie des Gemeinderatspräsidiums aufpeitschen will, so will ich ihn aufmerksam machen, dass ja dem Bürgermeister in der Obmänner-Konferenz der Führer der Fortschrittlichen Dr. Hein und der Führer der Sozialdemokraten GR. Reumann beigegeben sind und dass die Obmänner wiederholt bei den verschiedensten Ministern vorgesprochen haben. Der Vorwurf ist also an seine Klubgenossen Dr. Hein gerichtet. Vielleicht könnte Herr Dr. Granitsch mit Herrn Dr. Hein die Rolle in der Obmänner-Konferenz tauschen und wir werden ihn beglückwünschen und es neidlos anerkennen, wenn er das erreichen wird, was anderen nichtmöglich ist. Der Redner bespricht sodann die derzeitigen traurigen Verhältnisse im Lehrlingswesen. Die Anzahl der Lehrlinge ist von 61588 im Jahre 1913, auf 47.740 im Jahre 1915 und auf 29.250 im Jahre 1916 zurückgegangen. Bei dem Rückgang hat sicherlich auch mitgewirkt, dass sich der Zuzug vom Lande vermindert und dass viele 18 jährige, die noch nicht freigesprochen waren, einberufen wurden, aber die Hauptrolle spielten doch die hohen Löhne in den Munitionsfabriken. Der Not der Zeit gehorchend, haben manche Eltern und manche Mutter ihre Kin-

der bewegen auf diese Art einen grösseren Beitrag zu dem Lebensunterhalt zuzuschieszen. Diese Zustände sind tief bedauerlich. Wenn diese jungen Leute nicht nachholen, was sie versäumt haben, so werden sie zeitlebens Hilfsarbeiter oder bei der Maschine bleiben, sie werden immer von dem Willen des Vorgesetzten abhängen. Es ist dies eine ethische Schädigung, denn in jedem Menschenherz lebt die Sehnsucht nach Selbständigkeit, nach eigener Bewegungsfreiheit und auch die Menschen in den bescheidensten Existenzen haben den Wunsch eigener Herr zu sein, um das machen zu können, was sie wollen. Es ist aber auch notwendig, dass wir mehr Achtung vor der produktiven Arbeit bekommen und dass wir den Lehrlingen genau dieselbe Wertschätzung entgegenbringen, wie demjenigen, der auf der Gymnasialbank sein Wissen erreicht hat. Mehr Achtung vor dem Gewerbestande, aber auch mehr Rückgrat der Gewerbetreibenden selbst!

Der Redner erwartet von der Zeit nach Friedensschluss reiche Arbeit und Arbeitsgelegenheit für den Gewerbestand und fordert, dass bei der Demobilisierung nicht nur darauf Rücksicht genommen werde, dass die Geschäftsleute und Arbeiter zurückkehren, sondern dass sie auch durch die Beschaffung des erforderlichen Materials Gelegenheit erhalten, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen. Eine der wichtigsten Aufgaben sei es, die notwendigen Kreditmittel für die durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Betriebe bereitzustellen, auch müsse die Ausgestaltung der Beratungsstelle für die aus dem Felde heimkehrenden invaliden Gewerbetreibenden und für jene Personen, die ihren Ernährer verloren haben, gefordert werden. Der Redner verlangt schliesslich noch die Schaffung eines Arbeitsnachweises, von Lehrlingshorten, vom Meister- und Musterkursen für diejenigen, die vor vollendeter Lehrzeit ins Feld gerückt sind und schliesst: Der Gewerbestand hat sowohl im Schützengraben wie auch im Hinterlande seine Pflicht dem Vaterlande gegenüber voll erfüllt, möge der Gemeindeverwaltung bald Gelegenheit geboten sein, an Friedenswerken grössten Stiles zu arbeiten und damit dem tüchtigen und braven sesshaften Gewerbestand Gelegenheit zu geben, sich wieder zu betätigen, auf das Oesterreich und Wien weiterhin der Hort eines blühenden Gewerbestandes seien. (Lebhafter Beifall).

GR. Reumann: Sowohl der Herr Referent als auch eine Reihe von anderen Rednern haben der gegenwärtigen Zeit des langwährenden Krieges gedacht und sie haben auch dem Gedanken Ausdruck gegeben, dass ein baldiger Frieden kommen möge und der Herr Referent selbst hat ja in seinem Berichte am Schlusse gesagt, dass es hoffentlich bald gelingen möge, die Absichten unserer bösen Feinde zu Schanden zu machen. Dr. Granitsch hat gemeint, wir können nicht einen Frieden um jeden Preis schliessen, wir müssen einen ehrenvollen Frieden schliessen und die Regierung muss die Magenfrage lösen. Das sieht etwas weniger nach Heldentum aus, aber ich muss sagen, dass in dieser Meinung auch ein unbegrenztes Vertrauen zu unserer Regierung gelegen ist, ein Vertrauen, welches ich und meine Parteigenossen durchaus nicht teilen können. Die Regierung ist in einer Situation, in der es ihr selbst beim besten Willen nicht möglich ist, die Magenfrage zu lösen. Wir befinden uns in einem krisenhaften Zustand und stehen einer Katastrophe entgegen, einer Katastrophe, die einen verhängnisvollen Ausdruck finden wird und die überzeugend wirken wird, dass unsere österreichischen Staatsmänner in einer Zeit, die die gewaltigsten Anforderungen an sie gestellt hat, nicht Stand zu halten vermochte. Wenn mich irgend etwas heute in dieser Debatte irretierte, so war es die Naivität, die in der Rede des GR. Schlechter zutage getreten ist, welcher gemeint hat, es sei nunmehr modern geworden, von der Demokratie zu sprechen, und der sich gewissermassen lustig darüber gemacht hat. Der Herr Gemeinderat Schlechter hat keine Ahnung davon, wie notwendig, wie wichtig gerade die Demokratie in dem gegenwärtigen Augenblicke für unser ganzes Staatsgebilde ist, er hat keine Ahnung davon, dass eine wirkliche Demokratie eigentlich Oesterreich retten könnte und er spricht so über die Demokratie trotzdem er selbst einmal Demokrat gewesen ist und sogar gegen die Antisemiten als Demokrat kandidiert hat. Ich weiss nicht, ob ihm damals die Demokratie auch so ein lächerliches Spielzeug gewesen ist. Ich habe das bedauert, weil der Herr

Gemeinderat Schlechter nicht weiss, dass die Bevölkerung gegenwärtig schon völlig ausgepumpt ist, dass sie blutleer geworden ist und dass sie mit dem besten Willen nicht mehr durchhalten kann, weil er nicht stündlich jene Erscheinungen wahrnimmt, die bereits zeigen, dass wir mit unserem Willen und Können zu Ende sind, dass es nicht mehr weiter geht und dass wir infolge dessen alles erfassen müssen, was uns einen Ausweg aus dieser verhängnisvollen Lage eröffnen kann. Es ist tief zu bedauern, dass ein verhängnisvoller Irrtum auch an der Spitze der Regierung zu obwalten scheint und dass eine Urteilslosigkeit über unsere gegenwärtige Lage gerade dort herrscht, wo jetzt volle Urteilskraft notwendig wäre, damit nach dem Rechten gesehen werden kann. Als am 12. Dezember 1916 die Unterredung mit unserem Minister des Aeussern im Fremdenblatt veröffentlicht worden ist, da ist es, glaube ich, wie ein Gefühl der Erleichterung durch die ganze Bevölkerung gegangen, als wir gehört haben, dass an der Spitze unserer Regierung im Ministerium des Aeussern Gedanken vorhanden sind, die uns einen Frieden bringen könnten, oder uns wenigstens dem Frieden näher zu bringen vermöchten. Heute müssen wir gestehen, dass wir eine schwere Enttäuschung erlebt haben, die eine furchtbare Nachwirkung haben wird. Wir stehen angesichts einer Regierungserklärung, die heute im Abgeordnetenhaus abgegeben worden ist, vor der Möglichkeit, dass dieser Krieg eine uferlose Ausdehnung erfahren kann. (Lebhafter Härt-Hört!-Ruf bei den Sozialdemokraten). Der Abgeordnete Daszynski hat heute eine Interpellation eingebracht, in der verlangt wurde, dass die Regierung sich deutlich erklären möge, welche ihre Friedensbedingungen seien und dass sie nochmals bekräftigen möge, dass die oesterreichische Regierung nicht auf dem Standpunkte der Anexionen und Kontributionen steht, und dass sie dem imperialistischen Gedanken in diesem Kriege ferne steht. Wir haben eine Erklärung des Ministers des Aeussern, Grafen Czernin, ~~gehört~~ gehört, die nach mehr als einer Richtung eine Merkwürdigkeit ist, aus dem einfachen Grunde, weil sie gegenüber jener Bevölkerung, die Ströme von Blutes auf den Schlachtfeldern vergossen hat, die in einer furchtbaren Not im Hinterlande lebt, zum Darben, zum Hungern ~~gezwungen~~ gezwungen.

Der Ministerpräsident sollte doch die Verpflichtung haben die Haltung und die Richtlinien der ^{Regierung} in dieser grossen Zeit klar zum Ausdruck zu bringen. Graf Czernin liess durch den Ministerpräsidenten sagen, über Krieg und Frieden habe nur die Krone zu entscheiden und das Recht der Krone könne niemals dem Selbstbestimmungsrecht der Völker geopfert werden. In dieser Zeit in welcher die Bevölkerung solch furchtbare Opfer gebracht hat, darf ein Minister des Aeussern nicht so sprechen, darf man die Souveränität des Volkes nicht mit Füssen treten. Man darf nicht vergessen, dass diese Worte einen mächtigen Wiederhall in den feindlichen Ländern bei den Kriegshetzern finden werden, welche das als Beweis hinstellen, wie die Demokratie in unserem Reiche bestellt ist, für welche die feindlichen Staaten zu kämpfen vorgehen. Es ist tief bedauerlich, wenn ein Volk, welches so Hervorragendes während 3 Jahre geleistet hat in solche Hände geraten ist. Es ist nicht mehr die Zeit, dass wir vom Durchhalten die Pauke schlagen, in dürren ernsten Worten muss hier dargelegt werden, wie unsere gegenwärtige Situation ist, damit diejenigen, welche glauben, es handelt sich nur um guten oder bösen Willen, die Überzeugung erhalten, dass wir nicht mehr länger in der Lage sind, auszuhalten. Es ist eine geradezu furchtbare Katastrophe im Anzuge dass vielleicht doch der Friede in einer anderen Weise wird geschlossen werden müssen, und dass es doch möglich ist, dass die demokratische Welle auch hier eine Regierung verschlingt, die nicht rechtzeitig erkennen wollte, was zu tun ist. Ob in Stockholm Fortschritte erzielt werden oder nicht, lasse ich ganz ausser Acht, Ich sehe aber eine Zeit kommen, und sie ist nicht fern, da eine Verständigung von Volk zu Volk stattfinden wird, mit Ausschuss derjenigen, die bisher gewohnt waren, die Bevölkerung zu bevormunden. Die „Geborenen Führer“ des Volkes werden von dieser Strömung hinweggefegt werden, wenn sie sich den Gedanken hingeben, die wir heute im Abgeordnetenhaus vom Ministerpräsidenten hörten.

4)

Gegenüber diesen Erscheinungen, gegenüber den gewaltigen Ereignissen, denen wir entgegengehen, spielt die Feststellung unseres Haushaltes nur ~~ganz~~ scheinbar eine untergeordnete Rolle. Auch wir müssen gleichen Schritt halten mit der Entwicklung. Wir haben bis jetzt eine sehr kleinliche Haltung in dieser grossen Zeit eingenommen, wir vergessen darauf, dass die Demokratisierung auch unsere Gemeindegesetzgebung, unsere Wahlordnung beeinflusst. Wenn auch ein untergeordneter Schritt zur Demokratisierung des ganzen Staatswesens, so ist doch eine solche Reform ein Bestandteil der Demokratisierung, der für uns von einer eminenten Wichtigkeit und Notwendigkeit ist. Sie sind der Meinung, es wäre möglich, den gegenwärtigen Zustand in unserer ganzen Gemeindeordnung versteinern zu lassen. Wir fordern die vollste Mitarbeit in der Verwaltung der Gemeinde und es genügt nicht, dass einzelne Bevorzugte eingeladen werden, sich auch an den Beratungstisch niederzusetzen. In diesem Saale muss der ~~Ausdruck~~ Wille aller Schichten der Bevölkerung zum Ausdruck gelangen. Es gab eine Zeit, in welcher wir mit einer Kontrollstelle zufrieden gewesen wären, heute verlangen wir mitzuarbeiten und die Zeit ist da, in welcher Sie diese Forderung nicht zurückdrängen können. Wenn Sie sich auch dagegen auflehnen, diese Aenderung wird naturgemäss erfolgen müssen. Es ist ein kleinliches Begnügen Ihrerseits, Verzögerungen in der Durchführung der Wahlreform herbeizuführen. Die Zeit ist im Anmarsch, in welcher die Bevölkerung sich ihr Selbstbestimmungsrecht nehmen wird. Was im Staatsleben unmittelbar bevorsteht, das wird sich auch in den Verwaltungskörpern des Landes und der Gemeinden ereignen. Der Herr Sektionschef Eglauer macht den Zwischenruf „Republik“. Ich kann Ihnen nicht die Versicherung geben, ob sie kommen wird, oder ob sie nicht kommen wird. Wir könnten uns jedenfalls ~~ganz~~ glücklich schätzen, wenn in unserer Bevölkerung jene Einsicht platzgegriffen hätte, die in den breiten Schichten der russischen Bevölkerung sich durchgesetzt hat (Rufe: Kerensky!). Sie dürfen nicht vergessen auf die geradezu ungeheure Gewalt der Erscheinung, welche den Zarismus hinweggefegt hat. Wir hätten nicht geglaubt, dass der Zarismus auf wolkenschwarzen Füssen steht, wenn nicht rechtzeitig Umkehr gehalten wird. Dann muss die Zeit kommen, in welcher die Verständigung von Volk zu Volk erfolgen wird. Wenn an eine Gemeindevahlreform geschritten wird, so muss vor allem auf das Wahlkörpersystem hingewiesen werden, an dessen Stelle das gleiche Wahlrecht einzuführen ist, wobei auch den Minoritäten durch die Einführung des Proportzes eine entsprechende Vertretung gesichert wird. Und was auch den Frauen das aktive und passive Wahlrecht ein-

geräumt werden, die in diesem Kriege so hervorragendes geleistet haben, die den vollen Beweis ihrer Intellektualität ~~erbracht~~ erbracht haben und den weiteren Beweis, dass sie ebenso befähigt sind, wie die Männer die Stadt mitzuverwalten. Die katholischen Frauen haben in einer Entschliessung erklärt, dass sie eine Reihe von Wünschen bezüglich der Mitarbeit in der Gemeinde haben wollen und dass, wenn das Wahlrecht der Frauen eingeführt wird, sie für die Schaffung ~~für~~ einer eigenen Kurie für die Frauen sind, damit der politische Kampf nicht in die Familie getragen werde. Die Sozialdemokraten haben seit ~~der~~ der Schaffung der vierten Kurie in der Gemeinde wenig Sympathie für die Kurienwahlen, es muss daher eine gründliche Aenderung der gegenwärtigen Wahlordnung platzgreifen. Gerade die gegenwärtigen Verhältnisse in der Gemeinde sollten uns den Anlass ~~geben~~ ^{geben}, uns damit zu beschäftigen, den grossen Gemeinden eine grössere Entwicklungsfähigkeit innerhalb der gegenwärtigen Gesetzgebung zu geben und zu fragen, ob es in der Ordnung ist, dass eine Gemeinde mit einem Haushalt von über 300 Millionen Kronen abhängig ist, von einem Landtag, der eigentlich ganz bedeutungslos gegenüber der Grosskommune ist.

Wenn wir gesehen haben, dass in dieser schweren wirtschaftlichen Not uns dieses Land nicht einmal eine Hilfe bieten kann, ist es begreiflich, dass der Gedanke an die Reichsunmittelbarkeit auftaucht. Wenn ich zu den Finanzen der Stadt übergehe, müssen wir sagen, dass nicht immer bloss der Weg eingeschlagen werden kann, die städtischen Unternehmungen Preiserhöhungen vornehmen zu lassen, weil wir uns dabei auf der anderen Seite tief in das eigene Fleisch schneiden. Wenn wir aber schon gezwungen sind, zu solchen Mitteln zu greifen, dann dürfen wir keineswegs den Gedanken hegen, dass dies eine dauernde Belastung ist, sondern schon heute sagen, dass sie nur eine vorübergehende sein darf und dass wir zu anderen finanziellen Zuständen kommen müssen. Unsere Budgetberatung ist ja an sich eine Merkwürdigkeit. Nach ~~den~~ den Äusserungen von Rednern Ihrer Partei ist dieses Budget ja heute schon nicht mehr wahr. Dieses Budget trägt also eigentlich ja gar keine Kritik, weil es unwahr ist.

Der Redner wendet sich dann gegen die durchgeführten Erhöhungen und fordert die Durchführung eines Wahlrechtes, das die Sozialdemokraten in die Lage versetzt, sich auf Grund eines gleichen Rechtes um das Vertrauen der Bevölkerung zu bewerben. Er wendet sich gegen den von Seite der Fortschrittlichen gemachten Vorschlag des Berufswahlrechtes und erklärt in der Lebensmittelfrage, es sei gar kein Zweifel darüber, dass auch von Seiten der grossen Produzenten von Lebensmitteln ungeheure Kriegsgewinne erzielt worden seien, worüber man sich aber be-

5

sonders beklagen müsse, sei die Tatsache, dass von jener Stelle aus, die der Freistreiberei hätte entgegentreten sollen, die grossen Produzenten geradezu zur Freistreiberei ermuntert wurden. Was in Bezug auf die Beschaffung von Lebensmitteln für den Heeresbedarf geleistet worden ist, welche exorbitante Preise für Vieh, Getreide und Mehl verlangt worden sind, das spottet jeder Beschreibung und da ist auch der Grundstock gelegt worden, zur schwindelnden Höhe der Lebensmittelpreise, die heute nicht abzubauen ist. Wir haben mit einem Worte eine Desorganisation, ein Versagen der ganzen staatlichen Einrichtungen auf diesem Gebiete kennen gelernt, worunter natürlich auch die Gemeindeverwaltung auf das Schwerste gelitten hat. Wir haben ja auch unsere Fehler, aber vergessen wir nicht: In so manchen Dingen haben wir eine weit grössere Voraussicht an den Tag gelegt, als unsere staatlichen Behörden. (Rufe bei der Mehrheit: Unser Bürgermeister !)

Der Redner bespricht schliesslich noch die Frage der Kohlenversorgung und betont, dass Deutschland jährlich 9 Millionen Tonen englischer Kohle bezogen hat und heute müsse dieser Ausfall getragen werden. Ueberdies sei die heimische Kohlenförderung um 40 - 60 % zurückgegangen, da sei die Ursache der herrschende Kohlennot. Solche Zustände können aber nicht für längere Zeit noch ertragen werden, wenn wir das glauben, befinden wir uns in einem Wahne, aus dem wir einmal in sehr unliebsamer Weise geweckt werden könnten. Die gegenwärtigen Lage, die sich im Kleinen in den Erlebnissen unserer Gemeindeverwaltung widerspiegelt, zwingt dazu, dass wir alles aufwenden, damit eine Verständigung der Völker stattfinden kann, die uns den Weg ebnet, aus diesem entsetzlichen Wirrsale eines drei Jahre dauernden mörderischen Kriege herauszukommen. Wenn wir uns sagen können, auch wir sind überzeugt davon, dass die Verständigung von Volk zu Volk Platz greifen muss, dann müssen auch wir dem Volke jenen gebührenden Platz einräumen, den es einzunehmen hat, dann müssen auch wir unserem Vertretungskörper die notwendige volkstümliche Grundlage geben, die auf dem Prinzip des allgemeinen, des gleichen Rechtes beruht, und die darauf fusst, dass auch den Minoritäten eine entsprechende Vertretung eingeräumt wird. Was ich wollte, das ist heute hier an die Regierung die ernste Mahnung zu richten, an den Zeichen der Zeit nicht vorüber zu gehen und zu zeigen, dass es heute nicht mehr mit dem Standpunkt geht, die Souveränität der Majestät sei alles und die Souveränität des Volkes sei nichts. Das wäre ein verhängnisvoller Irrtum, der sich an der gesamten Bevölkerung furchtbar rächen würde, und der dazu führen würde, dass dieses ganze gegenwärtige System überflutet würde von

jenen Notwendigkeiten, die eintreten müssen, wenn wir diesen Zustand noch länger aufrecht erhalten.

GR. Goldeband, der nun zum Worte kommen soll, ist im Saale nicht anwesend und verliert das Wort.

GR. Emmerling: Die Herren der Majorität haben nahezu zur Gänze darüber Klage geführt, dass die Gemeinde Wien bei all den Zentralstellen keine Unterstützung finde und dass alle Massnahmen der Gemeinde nicht so beurteilt und berücksichtigt worden sind, wie es im Interesse der Bevölkerung Wiens gelegen gewesen wäre. Die Sache ist aber nicht nur rein auf ein Missachten und nicht Wohlwollen zurückzuführen, sondern liegt viel tiefer. Wenn die Zentralstellen Regierung und Behörden allen Ihren Vorschlägen, darunter auch solchen, die von den Obmännern unterbreitet sind, nicht jene Beachtung geschenkt haben, die Sie sich erwarteten, so hat dies seine Ursache in der Art der Vertretung des Volkes, die es in diesem Saale findet. Wir kommen nicht darüber hinweg, dass die österreichische Gemeindeordnung eine Vertretung ausschliesslich der besitzenden Klassen ist und dass die grossen Massen der arbeitenden Bevölkerung nirgend entsprechend ihrer Stärke vertreten sind und daher alle ihre Wünsche niemals richtig beurteilt worden sind. Es ist daher daraus der Schluss zu ziehen, dass es zu einer völligen Demokratisierung der Gemeinden zu kommen hat. Der Krieg hat in vielen eine Neuordnung der Dinge gebracht, aber auch eine Geringschätzung der alten Ordnung, die es mit sich bringt, dass heute bei jeder neuerscheinenden Verordnung jedermann nur darauf bedacht ist, wie er sie umgehen könne. Dass darunter am meisten die Lebensmittelversorgung leidet, ist selbstverständlich. Der Redner hält die Einführung der Kohlen- und Kartoffelkarte für unbedingt notwendig und fragt, ob es nicht möglich wäre, dass jene ländlichen Gemeinden, welche von der Gemeinde Wien mit Wasser und Elektrizität versorgt werden, auch ihrerseits etwas zur Approvisionierung der Stadt aus ihren Ueberschüssen an landwirtschaftlichen Produkten der Gemeinde Wien überlassen. Redner bespricht sodann eingehend die einzelnen Posten des Hauptvorschlages.

GR. Angermayer erklärt, wenn GR. Reumann gemeint habe, dass die Sozialdemokraten in einem Gemeinderate, wo sie nicht entsprechend ihrer Wählerzahl vertreten seien, nicht für das Budget stimmen können, so sei das eine neue Melodie. Früher haben Sie nur über den kontrollosen Stadtrat geschimpft, heute seien sie in der Obmänner-Konferenz vertreten und können auch im Stadtrate sitzen, sie hören die fachmännischen Erklärungen zweimal, aber sie verweigern doch unter dem neuen Vorwande ihre Zustimmung. Redner weist den Vorwurf zurück, dass die Mehrheit die Wahlreform verzettelt und erklärt, derselben liege nichts ferner als das gegebene Versprechen nicht zu halten oder die Sache auf die lange Bank zu schieben.

Der Redner begründet sodann die Erhöhung der Einnahmen aus den städtischen Unternehmungen damit, dass er sagt, es wäre durch eine andere Art der Bedeckung der ausserordentlichen Ausgaben eine lawinenartige Belastung der grossen Massen der ~~xxxx~~ Bevölkerung erfolgt. Das Vorgehen der Zentralstellen sei einfach damit zu erklären, dass an deren Spitze ausgesprochene politische Feinde der Mehrheit des Gemeinderates stehen, welche die christlichsoziale Gemeindeverwaltung bei der Bevölkerung in Misskredit bringen wollen. Der

Der Redner schliesst: Wir haben Vertrauen zu den Budgetreferenten und zu der Gemeindeverwaltung in der Ueberzeugung, dass seitdem die christlichsoziale Partei hier die Mehrheit hat, das Beste für die Bevölkerung geleistet worden ist. Wir bringen nicht nur den Mut auf därt zu helfen, und die Ausgaben zu bewilligen, wo es notwendig ist, wir scheuen auch davor nicht zurück, eine vielleicht unpopuläre Bedeckung auf unsere Schulter zu nehmen. (lebhafter Beifall bei der Majorität)

Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten ^{VM. Hoß} wird zur Abstimmung geschritten. Der Voranschlag wird ohne Eingehen in eine Spezialdebatte en bloc angenommen, ebenso wird die Bilanz und Bedeckung gemach den neuen durch die Erhöhungen bei den Unternehmungen bedingten Veränderungen der Ansätze genehmigt. Der Antrag auf Erwirkung eines Gemeindegewinnes zur Kriegsgewinnsteuer wird einstimmig angenommen, die Anträge Melcher und Anglauer werden genügend unterstützt und an den Stadtrat geleitet.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner dankt dem Referenten, den Gemeinderäten und den Beamten des Magistrates und der Stadtbuchhaltung für Ihre Mühewaltung und verkündet, daß die für Donnerstag und Samstag anberaumten Gemeinderats-Sitzungen entfallen.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.